

Macht die Verwaltung in Sachsen, was sie will?

Zwei Beispiele für Behördenwillkür

Beispiel 1: Sondermülldeponie Mügeln

Seit Monaten kritisierten engagierte Bürger in Mügeln beunruhigende Mülltransporte zum dortigen Schießplatz des Schützenvereins. Nachfragen beim Vereinsmitglied und Bürgermeister Deuse ergaben, dass vom Unternehmer Fronhofen kostenlos Sicherheitswälle errichtet werden sollen, die aus Mangel an Bodenmaterial mit Genehmigung des Landratsamtes aus unbelasteten geschredderten Gummiabfällen aufgebaut werden dürfen.

Die Realität sieht allerdings anders aus. Tausende Tonnen ölverschmierte Schläuche und Dichtungen, Elektrokabel, Elektronikplatinen und nicht bestimmbar Abfälle werden in 100 Meter langen und bis zu 4 Meter hohen Wällen vergraben. Jeder Laie sieht, dass diese Abfälle auf keinen Fall aber in der freien Landschaft grundwassergefährdend abgelagert werden dürfen.

Polizei und Staatsanwaltschaft kommen trotz Fotodokumentation, verlässlichen Zeugenaussagen und Ortsbesichtigung in ihren Ermittlungen nicht weiter, eine akute Gefährdung wollen sie nicht wahrnehmen. Bürgermeister und Landratsamt vermögen auch nichts Rechtswidriges zu erkennen. Das Regierungspräsidium Leipzig versteckt sich hinter den laufenden Ermittlungen der Staatsanwaltschaft und lehnt ein klärendes Gespräch mit dem BUND und den GRÜNEN ab.

Als dann der zuständige Umweltminister Prof. Dr. Wöller im sächsischen Parlament von Unregelmäßigkeiten oder gar Straftaten auf dem Schießplatz Mügeln nichts wissen will, platzt der vom BUND zwischenzeitlich gegründeten Bürgerinitiative „Mügeln ohne Müll und Lärm“ unter der Führung von Rechtsanwalt Frank Hannig aus Dresden der Kragen: Mit Hilfe der Redaktion Escher vom MDR gelingt es, die verantwortlichen Politiker zu sensibilisieren.

Zwar flüchten Bürgermeister und mitverantwortlicher Bauunternehmer zunächst, doch Umweltminister Wöller sagt Peter Escher vor laufender Kamera die sofortige Einleitung der erforderlichen Maßnahmen zu.

Und plötzlich scheint alles ganz einfach. Vom Regierungspräsidium angeordnete Proben belegen die erhobenen Vorwürfe. Das Landratsamt Torgau - Oschatz erinnert sich an seine Zuständigkeiten und erlässt Anordnungen zur Beseitigung der illegalen Ablagerungen. Nur der Bürgermeister bleibt noch stur. Obwohl ein Verbot des RP vorliegt, die Abfälle vor Ort zu sortieren, setzt er 1-Euro-Jobber ohne Schutzkleidung ein, um die einer Spezialbehandlung zuzuführenden Abfälle auszusortieren. Bleibt abzuwarten, ob die staatliche Verwaltung nicht doch in der Lage ist, Recht und Gesetz auch in Sachsen durchzusetzen.

Beispiel 2: Dioxin- und Dreckschleuder Stahlwerk Riesa

Die Krebsstatistik weist erhöhte Raten im Umfeld um das Automobilschrott verarbeitende Stahlwerk FERALPI aus. Eine von BUND Mitgliedern betriebene professionelle Messstation belegt, dass der Grenzwert für Feinstaubkonzentration (PM10) regelmäßig bis zu mehreren hundert Prozent überschritten wird. Bereits viermal hat es in der Schredderanlage gebrannt mit unkontrollierter Freisetzung großer Mengen dioxinhaltiger Abgase.

Beim Schmelzprozess ereignen sich regelmäßig gefährliche Druckerhöhungen, so dass Abgase ohne Filterung in die Umwelt abgeblasen werden. Die Dioxinwerte im Boden der umliegenden Kleingärten sind so hoch, dass z.B. Hühnereier und Zucchini nicht mehr verzehrt werden dürften, ein behördliches Nutzungsverbot wäre notwendig.

Eine benachbarte Schule muss die Fenster schließen, weil der Gestank der Abgase aus dem Stahlwerk unerträglich ist.



Das alles scheint die Politiker und die Verwaltung jedoch nicht zu interessieren. So misst das RP nur im Schornstein, die anderen diffusen Quellen interessieren nicht. Stilllegungsverfügungen werden vom RP zwar erlassen, aber nicht durchgesetzt.

Damit die Kritik der Bürger im Stadtteil Gröba aufhört, plant die Oberbürgermeisterin, diesen Bereich zu entsiedeln und zum Industriegebiet erklären zu lassen. Dabei übersieht sie, dass die Luftverschmutzung aus dem zu niedrigen Schornstein und durch unkontrolliert entweichende Schadstoffe inzwischen ganz Riesa verseucht hat.

Ein Umweltmonitoring zur Dokumentation der Umweltbelastung hält der Kieler Ökotoxikologe Dr. Kruse für unumgänglich. Ebenso ist eine flächendeckende Bestandsaufnahme der Schadstoffe in Boden, Grundwasser und Vegetation dringend geboten. Doch Stadtrat und Oberbürgermeisterin wehren sich dagegen, ihr Amt zum Wohl aller Bürger auszuüben. So profitiert FERALPI von billigen Produktionsmethoden, gefährdet die Gesundheit der Mitarbeiter und der Bürger von Riesa und macht die Region auf Dauer unbewohnbar. Ist das der Preis für rund 400 Arbeitsplätze?! Doch es besteht Hoffnung, Bürger und BUND wehren sich.

IMPRESSUM

Herausgeber:
BUND Sachsen e.V.
Henriettenstrasse 5
09112 Chemnitz
verantw. Redakteurin:
Kerstin Treptow
Tel.: 0371 - 30 14 77
Fax: 0371 - 30 14 78

www.bund-sachsen.de
bund.sachsen@bund.net

Rückfragen beantwortet:
Hans-Udo Weiland
Tel. 03423 - 60 84 24
oder weiland@bund-sachsen.de